

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

21.11.1930 (No. 272)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Menck, Karlsruhe

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Menck, Karlsruhe

Wegpreis: Monatlich 3,25 RM, einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe sind besetzt. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Carl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwingender Vernehmung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Haftung, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanbahnregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Vom Reichsrat zum Reichstag Etat und Sanierungsvorlagen im Reichsrat angenommen

Der Reichsrat hat am Donnerstag einen großen Tag gehabt, dessen Bedeutung noch über die der öffentlichen Sitzung hinausging, mit der vor 14 Tagen die jetzt abgeschlossene Session eingeleitet wurde. In dieser kurzen Zeit hat der Reichsrat die ihm gestellte Aufgabe wesentlich gelöst, indem er den Reichsetat und die Reformvorlagen erledigte bis auf den Finanzausgleich und das Steuervereinfachungsgesetz, die am kommenden Donnerstag in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt werden. Der Reichsrat hat nach Ansicht politischer Kreise die gute Genjur verdient, die der Kanzler ihm Donnerstag abend erteilt hat. Das Reichskabinett hat mit diesem Abschluß der Arbeiten ebenfalls einen großen Erfolg zu verzeichnen, der auf die weitere Entwicklung nicht ohne Einfluß bleiben dürfte.

Heute, Freitag, wird nun der Hauptausschuß des Reichstages seine Arbeiten beginnen. Man hofft, daß sie ebenfalls programmäßig konstatieren gehen werden, so daß der Reichstag bei seinem Zusammentritt in den ersten Dezembertagen auch in der Vollversammlung mit der Beratung beginnen kann. Im Ausschuß erwartet man keine wesentlichen Schwierigkeiten, da durch die Besprechungen zwischen dem Kanzler und den Vertretern der Sozialdemokratie bereits die Grundlage für eine Verständigung gegeben ist. In gut unterrichteten politischen Kreisen wird bestätigt, daß die Sozialdemokratie auch jetzt nicht an eine Aufhebung der Notverordnung denkt, da die Kontinuität des öffentlichen Lebens dadurch gefährdet werden würde.

Neben den Ausführungen des Reichsfinanzministers und des Reichskanzlers wurde in der Donnerstagssitzung des Reichsrats vor allem die große Rede des Reichsaußenministers mit Spannung erwartet. Die Rede fand auf allen Seiten starken Beifall, da Dr. Curtius den deutschen Standpunkt zu den aktuellen außenpolitischen Fragen mit einer Klarheit und Deutlichkeit herausgearbeitet hat, die sicher auch im Ausland verstanden werden dürfte. In politischen Kreisen weist man darauf hin, daß auch der in verschiedenen Stellen fühlbare Hinweis auf Italien nicht übersehen werden dürfte.

Die Debatten und Abstimmungen

Bei der Beratung des Reichshaushaltsplans gab der bayerische Ministerpräsident Gölz eine Erklärung ab, in der er sagt, die Maßnahmen, die jetzt ergriffen würden, machten den Eindruck, als ob hier die Reichsanleiher auf Kosten der Länder und Gemeinden durchgeführt werden solle. Es handle sich bei fast allen Maßnahmen um Eingriffe in die Hoheitsrechte der Länder und um Gesetze mit verfassungsänderndem Charakter. Man könne geradezu von einem Reichsdiktat sprechen, einer Reichsbesetzung, einer Reichsbesetzung über Länder und Gemeinden. Es entziehe der Eindruck, als sollte damit eine Reichsreform eingeleitet werden, die für Länder und Gemeinden unerträglich wäre. In normalen Zeiten wären diese Maßnahmen glatt abzulehnen. Wenn der Reichsrat sich dennoch zur Zustimmung entschlossen habe, so sei dafür die Erkenntnis bestimmend gewesen, daß eine unmittelbare Lebensgefahr bestehe, nicht nur für das Reich, sondern auch für Länder und Gemeinden, die daher ein solches Interesse mit dem Reich an der schleunigen Sanierung hätten. Bei der Zustimmung der Länder müsse aber mit Nachdruck betont werden, daß es sich bei den Maßnahmen nur um einmalige und zeitlich begrenzte Maßnahmen handeln könne.

Reichsminister Dietrich erwiderte, die Reichsregierung habe den unermeßlichen Eingriff in die Hoheitsrechte der Länder auf ein Mindestmaß reduziert. Sie wolle nicht den Ländern hineinregieren; aber es sei notwendig, die Sparbarkeit nicht nur beim Reich, sondern auch bei den Ländern und vor allem bei den Gemeinden durchzuführen. Wir verfolgen im Gegenteil das Ziel, die Länder und Gemeinden so selbständig wie nur möglich zu machen. Dafür wird der endgültige Finanzausgleich zu sorgen haben. Es kann auch keine Rede davon sein, daß wir eine Genjur über Länder und Gemeinden ausüben wollen.

Der gesamte Haushaltsplan für 1931 wurde, wie der Reichskanzler feststellte, einstimmig angenommen, das Gehaltskürzungsgesetz bei Stimmenthaltung von Sachsen, Braunschweig und Thüringen. Dem Personalaufwandsgesetz wurde mit 53 gegen 3 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen zugestimmt. Das Gesetz über die Ausgabenbegrenzung in den Haushalten des Reiches, der Länder und der Gemeinden wurde mit allen gegen die Stimmen Thüringens angenommen. Ebenso das Gesetz über die Zuschläge zur Einkommensteuer (unter Stimmenthaltung Thüringens).

Zum Gesetz über die Senkung der Realsteuern erklärte Staatssekretär Dr. Weismann, die preußische Staatsregierung stehe dem Gesetz mit größter Sorge gegenüber, weil den Gemeinden dadurch die Mittel gefürzt würden, deren sie angesichts der steigenden Wohlfahrtsausgaben dringend bedürften. Nachdem auch die Vertreter von Thüringen und Braunschweig sich für die Ablehnung des Gesetzes erklärt hatten, wurde die Vorlage mit Stimmenthaltung angenommen. Darauf wurden die Gesetze über die Verbilligung des mit öffentlichen Mitteln geförderten Kleinwohnungsbaus, über weiteren Abbau und Beendigung der Wohnungszwangswirtschaft und über das Kleinwohnungsbesitzergesetz angenommen.

Letzte Nachrichten

Brüning auf dem Landgemeindetag

Der Reichskanzler zum Sanierungsprogramm
22. Berlin, 21. Nov. (Tel.) Im Sitzungssaal des Reichstages fand heute die Delegiertentagung des Landgemeindetages 1930 statt. Dabei ergriff Reichskanzler Dr. Brüning das Wort zu Ausführungen über den Finanz- und Wirtschaftsplan der Reichsregierung.

Die Regierung sei sich klar darüber, daß sie nicht auf einmal alles helfen könne. Aber sie wisse, wie schwer gerade die Lage der Landgemeinden sei. In kürzester Frist werde die Regierung weitere Maßnahmen treffen, denn von der Konsolidierung der Landwirtschaft könne ein großer Teil der Arbeitslosigkeit behoben werden. Überwiegend sei das neue Realsteuergesetz ein Ausgleichsfonds vor, aus dem den Gemeinden geholfen werden solle, die durch Wohlfahrtsausgaben besonders belastet seien. Ferner seien mehr Summen für die Krisenfürsorge in den Etat eingesetzt und die Krisenfürsorge ausgedehnt. Das bedeute eine künftige Entlastung für die Gemeinden. Für das nächste halbe oder ganze Jahr könne die Regierung noch keine volle Gesundung herbeiführen. Sie wolle die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten nur so weit abmildern, daß das Wasser nicht völlig zusammenbräche. (Bravol). Die Lage sei erheblich schwieriger als Ende 1923. Andere Länder muteten ihren Beamten aber noch härtere Opfer als als Deutschland, obwohl die Beamten dort nicht so gut bezahlt würden. Man darf nicht einen Stand von den Opfern ausnehmen. (Lebh. Weifall). Weil wir 1924 in der Lage waren, aus überhöhten Steuern so gewaltige Überweisungen zu machen, die gar nicht der finanziellen Situation entsprachen, ist eine Überhöhung und Expansion der kommunalen Ausgaben eingetreten. In diesem Jahre fließen die Überweisungen nicht mehr, und keine Regierung ist in der Lage, den Ländern und Gemeinden das voll zu ersetzen, was an Einkommen, Körperschafts- und Umsatzsteuer wegen der ungewohnten Wirtschaftskrise nicht einfließt. Darauf muß man sich einstellen, und man wird sich in aller Zukunft darauf einstellen müssen. Das ganze Steuervereinfachungsgesetz, das der Reichsrat hoffentlich in der nächsten Woche verabschiedet, hat den Zweck, die Steuern und die Veranlagungstätigkeit so zu vereinfachen, daß wieder Klarheit und Rechtssicherheit eintritt und gleichzeitig Ersparnisse an der Verwaltung. Das wird in ganz erheblichem Maße nach Durchführung des Gesetzes innerhalb zweier Jahre der Fall sein. Es ist kein Grund vorhanden, zu verzweifeln und nur skeptisch zu sein. Wenn man den Mut gehabt hat, auch in der schwersten Stunde zuzugreifen und zu handeln, dann ist noch nie ein Volk verloren gewesen.

Um den Berliner Brotpreis

22. Berlin, 21. Nov. (Priv.-Tel.) Die Vereinigung Berliner Brotfabrikanten, der 70 Berliner Firmen angehören, hat, wie die „B. a. M.“ berichtet, ein Ausschlussverfahren gegen zwei ihrer prominenten Mitglieder durchgeführt, weil diese sich nicht an die Kartellpreise der Brotfabrikanten halten wollen. Während die Berliner Bäckereien das 1250-Gramm-Brot für 46 Pf. verkaufen, hat die Vereinigung Berliner Brotfabrikanten einen Preis von 48 Pf. festgesetzt. Die Brotfabrik Köppen und die Brotfabrik Eduard Goldacker haben nun das Brot dem Zwischenhandel zu einem Preis abgegeben, der es diesem erlaubt, es zu 46 Pf. zu verkaufen und mit den Bäckereien zu konkurrieren. Die Firma Goldacker ist deshalb in einer Vorstandsitzung der Vereinigung der Berliner Brotfabrikanten ausgeschlossen worden, während die Firma Köppen ihrem Ausschluß durch den freiwilligen Austritt zuvorkam.

Konservativer Misstrauensantrag in England

22. London, 21. Nov. (Tel.) Die Konservativen haben gestern abend im Unterhaus einen Misstrauensantrag gegen die Regierung angekündigt, weil sie es auf der Reichskonferenz unterlassen habe, wirksame Vorschläge für die Entwicklung und Förderung des Reichshandels zu machen, und weil sie sich geweigert habe, die Vorschläge der Dominions zu erwägen. Der Premierminister wird ersucht, sobald wie möglich Gelegenheit zu einer Debatte zu geben. Man nimmt an, daß diese im Laufe der nächsten Woche stattfinden wird.

Neue Diktaturpläne in Spanien?

22. Paris, 21. Nov. (Tel.) „Deuvre“ und „Populaire“ wollen wissen, daß König Alfonso von Spanien eine neue Militärdiktatur nach dem Muster Primo de Ribera vorbereite und zu diesem Zweck mit dem Leiter der spanischen Sicherheitspolizei vorgestern verhandelt habe. Gegenüber allen umlaufenden Gerüchten erklärte jedoch der spanische Ministerpräsident, Berenguer, vor Journalisten, er beabsichtige, gemäß den Gesetzen zu regieren. Die Regierung hätte genügend Macht, um einen Angriff entgegenzutreten und ihn abzuwehren.

Reichskanzler Dr. Brüning nahm dann das Wort, um namens der Reichsregierung dem Reichstag zu danken. Der Reichstag habe gezeigt, daß er auch eine sehr schwere, weittragende Gesetzesmaterie in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigen könne. Die Regierung sei sich auch klar darüber, daß mit dem Abschluß dieser Vorlagen die Aufgaben dieser schweren Zeit noch nicht erledigt seien, sondern daß dann sofort neue Maßnahmen in Angriff genommen werden müßten.

Wirtschaftliche Umschau

Lohn- und Preisabbau — Die Löhne in der Rheinschiffahrt — Trufbildung in der Zementproduktion

In der Frage des Lohn- und des Preisabbaues besteht die gleiche Gefahr, die des Schematismus. Die Verbände der Erzeuger und des Handels wenden sich mit Recht dagegen, daß einfach durch Diktat versucht werden könnte, ohne Prüfung der wirtschaftlichen Voraussetzungen im Einzelnen Preise von Konsumartikeln herabzusetzen. Sie bezeichnen eine solche Aktion letzten Endes als unbedenklich und auch schon den Versuch als volkswirtschaftlich schädlich. Man könne nicht zu einer schematischen Zwangswirtschaft zurückkehren und das Gesetz von Nachfrage und Angebot, welche die Preise bestimmen, nicht aufheben. Man darf auch nie vergessen, daß grundlegende Verschiebungen bei den einzelnen Artikeln vorhanden sind. Mit der menschlichen Arbeitskraft ist es ähnlich. Hier haben wir bereits in größerem Umfang eine Zwangswirtschaft, die mit die Schuld an dem schlechten Beschäftigungsgrad und der Krise der Wirtschaft trägt. Die meisten Tarifverträge kümmern sich wenig um das Gesetz von Angebot und Nachfrage und vernachlässigen dadurch das Leistungsprinzip. Ein schematischer Abbau solcher Verträge könnte allerdings wenig bessern, es bleibt nur ein Umbau, mit dem, wie an dieser Stelle schon ausgeführt, amerikanische Unternehmungen in Deutschland schon vorausgegangen sind.

Der ältere Angestellte hat z. B. den Schaden von Tarifverträgen, die ihm zwar regelmäßige Steigerungen des Gehalts nach dem Lebensalter sichern wollen, aber in Wirklichkeit ihm die Entlassung sowie Ersatz durch jüngere und billigere Arbeitskräfte bringen. In manchen Gewerben haben sich geradezu groteske Zustände dadurch herausgebildet, daß sich das Entgelt nicht nach der Leistung, sondern nach der Stärke der fordernden Arbeitnehmerorganisation richtet. So gibt es in demselben Betrieb übersteigerte und aus volkswirtschaftlichen Gründen abbaureife Löhne bzw. Gehälter, während für andere Angestelltenkategorien ein Aufbau sowohl ein Gebot der Vernunft und Gerechtigkeit wäre wie im Interesse des Betriebes selbst liegt.

Die Auseinandersetzungen über die Lohnfrage in der Rheinschiffahrt, mit denen zunächst die jetzt auf breiter Front aufgerollte Frage des Lohnabbaus zur Erörterung kam, haben einen tariflosen Zustand gebracht und zur Kündigung von rund 10 000 Arbeitnehmern geführt. In der nächsten Woche sollen noch weitere Verhandlungen vor einem paritätischen Sonderausschuß unter Vorsitz des Schlichters stattfinden, nachdem auch die Verhandlungen am letzten Dienstag ergebnislos geblieben sind. In der Rheinschiffahrt handelt es sich darum, die deutschen Selbstkosten denen der auf dem internationalisierten Rhein konkurrierenden ausländischen Unternehmungen anzupassen. Ein bereits vor zwei Jahren einer unparteiischen Kommission in Auftrag gegebenes und erst vor kurzem veröffentlichtes Gutachten über die Lage der Rheinschiffahrt beschäftigte sich auch mit der damals verlangten 13prozentigen Lohnkürzung und wurde von den Reedern als Stütze ihrer Ansicht erklärt. Sie haben schließlich eine Herabsetzung verlangt, welche Kürzungen der Wochenlöhne von 3,50 bis 9,50 und der Monatsgehälter von 30 bis 50 RM bringt. Das stellt nach Erklärungen der Reeder eine Annäherung an die holländischen Löhne dar, wobei der große Abstand in den sozialen und steuerlichen Lasten jedoch weiter bleibe. Es handle sich deshalb um keinen vollkommenen Versuch, die deutsche Rheinschiffahrt in ihren Selbstkosten den internationalen Lohnverhältnissen auf dem Rhein anzugleichen.

Die in diesem Herbst aufs neue mit den Arbeitnehmern eingeleiteten direkten Verhandlungen (nachdem der Lohnvertrag vom 31. Oktober gekündigt worden war) scheiterten schließlich am 11. November endgültig. Die Gewerkschaften lehnten den Lohnabbau ab, mit der Begründung, daß die gegenwärtigen Löhne und Gehälter seit August 1927 bestanden und seitdem keine Erhöhungen stattgefunden hätten. Sie erklärten es für möglich, durch die auch im Rheingutachten empfohlene stärkere Kartellierung eine Erhöhung des internationalen Frachtniveaus auf dem Rhein zu erreichen. Gegen diese Empfehlung einer Erhöhung des Preisniveaus durch Schaffung eines Kartells wandten die Reeder ein, daß der Vorprung des Auslandes in den Selbstkosten bleibe und einen stän-

digen Anreiz zur Unterbietung und zum Verfall des Kartells bieten würde. Die Kartellierung sei außerdem überhaupt undurchführbar, da es unmöglich sei, insbesondere die zahlreichen holländischen Partikuliere und vielfach grundverschiedenen Interessen in einer Front zu vereinigen. Nach dem Scheitern aller bisherigen Verhandlungen hatten die Reeder angekündigt, daß sie versuchen würden, durch Einzelverhandlungen mit ihrem Personal eine Lohnsenkung durchzuführen, wogegen die Gewerkschaften stärksten Kampf angefaßt hatten. Die nunmehrige Gesamtkündigung erfolgte bei den Arbeitnehmern mit siebentägiger Kündigungsfrist bereits zum heutigen 21. November, bei den übrigen zum 31. Dezember. Der Schlichter ist noch von keiner Partei angerufen, ob er von sich aus eingreifen wird, steht noch nicht fest.

In der deutschen Zementindustrie ist es infolge einer falschen Kartellpolitik mit der Folge einer dauernden Steigerung der Produktionskapazität sowohl der Kartell- wie der immer neu entstehenden Außenwerke unter gleichzeitigem dauerndem Absatzrückgang infolge der Stodung der Bantätigkeit zu der an dieser Stelle bereits geschilderten krisenartigen Situation gekommen. Bis Mitte Dezember muß es sich entscheiden, ob der Westdeutsche Zementverband verlängert wird. Die Aussichten dafür sind gering, da in diesem Gebiet der Absatz der Außenwerke bereits auf über 40 Proz. der Kartellproduktion angestiegen ist und die Aufnahme der modern eingerichteten zum Teil noch im Bau befindlichen großen Außenwerke (Wiking Neuwied) die Quoten der alten Mitglieder zu sehr herabdrücken müßte. Es scheint jetzt eine vollständige Umorientierung in der deutschen Zementindustrie im Gange zu sein, die dahin geht, daß an Stelle der regionalen Kartelle (des Süddeutschen, Westdeutschen und Norddeutschen Zementverbands) trustartige Gebilde entstehen.

Zunächst ist es zwischen der führenden süddeutschen Gesellschaft, den Portland-Zementwerken Heidelberg-Mannheim-Stuttgart und der größten Gesellschaft in Ostdeutschland, der Schlesischen Portlandzementindustrie in Oppeln (die seinerzeit aus der Fusion einer Reihe schlesischer Gesellschaften entstanden ist), zu einer engen Interessengemeinschaft mit Austausch der Aktien gekommen. Gleichzeitig hat die Schlesische Gesellschaft durch Herstellung einer gemeinsamen Verwaltung mit den bereits unmittelbar und mittelbar von ihr kontrollierten mitteldeutschen Gesellschaften einen engeren Zusammenschluß hier erreicht. Es ist damit zu rechnen, daß auch die bisher bereits bestehende Verbindung mit den beiden anderen großen süddeutschen Zementunternehmungen Dyckerhoff & Söhne in Amöneburg und Schwenk in Ulm, verstärkt wird, die nicht nur deshalb nicht gleichzeitig mit dem süddeutsch-schlesischen Zusammenschluß erfolgte, weil es sich hier um offene Handelsgesellschaften handelt. Heidelberg, das nach der Auflösung des westdeutschen Zementverbandes am exponiertesten liegt, erfährt so eine erhebliche Stärkung, und es wird auch als möglich bezeichnet, daß der große westdeutsche Außenwerk Wiking sich dieser Kombination anschließen wird, nachdem er schon früher einmal mit Heidelberg einen Gegenseitigkeitsvertrag hatte.

Die ganzen Vorgänge zeigen, daß die Zementindustrie bemüht ist, jetzt in der Zeit des Preisabbaus gegen die Möglichkeit des Ausbruchs eines scharfen preisunterbietenden Konkurrenzkampfes sich zu rüsten, und dazu sucht man den engeren Zusammenschluß möglichst vieler und starker Unternehmen. Die Portlandzementwerke Heidel-

berg-Mannheim-Stuttgart, denen eine große Anzahl von Zementfabriken in Bayern, Württemberg und Hessen angehört, haben in Baden ihr größtes Werk in Reimen bei Heidelberg. Das Werk, das zuletzt über 400 Personen beschäftigte, ist dieses Jahr wieder einmal stillgelegt worden und soll erst in einigen Monaten seinen Betrieb wieder aufnehmen. Es liegen übrigens jetzt sämtliche Werke des Konzerns bis auf zwei kleinere Ausnahmen still. In diesem Jahre sind die Stilllegungen infolge der schwierigen Lage des Baumarktes und der Absatzstodung am umfangreichsten. Die gegenwärtige Überkapazität der deutschen Zementindustrie wird auf 70 Proz. angenommen, während auf der anderen Seite der Zementabsatz auf etwa zwei Drittel des schon verminderten Vorjahresabzuges zurückgegangen ist.

Die Tabaksteuer

Nach der Annahme durch den Reichsrat

Zu der Vollziehung des Reichsrats wurde am Donnerstag, wie gemeldet, die Tabaksteuer vorlage der Reichsregierung mit den durch die Reichsratsausschüsse vorgeschlagenen Änderungen angenommen. Der in der Vorlage vorgeschlagene Tabakzoll wurde von 250 auf 200 M für den Doppelzentner herabgesetzt. Die Vandenrolsteuer für Pfeifentabak beträgt 35 Proz., für Zigarren 23 Proz. und für Zigaretten 33 Proz. Die Materialsteuer für Zigaretten wurde auf 450 M für den Doppelzentner festgesetzt. Das Gesetz soll am 1. Januar 1931 in Kraft treten.

Für die Vorlage mit den Änderungen fand sich eine Mehrheit zusammen gegen die Stimmen von Sachsen, Baden, Bremen und Hessen. Die Kompromißfassung wurde im Reichsrat in namentlicher Abstimmung mit 45 gegen 21 Stimmen angenommen. In Berlin wird dazu noch erklärt: Es ist nicht zu bestreiten, daß die dem Tabakgewerbe auferlegten neuen Lasten namentlich in der jetzigen Zeit eine scharfe Anspannung für das Gewerbe bedeuten, die gerne vermieden worden wäre, wenn nicht die unbedingte Zwangslage für diese Mehrbelastung bestimmend gewesen wäre. Andererseits kann nunmehr das Tabakgewerbe der Zuversicht sein, daß es künftig mit weiteren Belastungen verschont bleiben wird, weil kein vernünftiger Mensch der Ansicht sein kann, daß steuerlich über die Vorlage hinaus noch mehr aus dem Tabak wird herausgeholt werden können. Die nunmehrige Belastung bringt in künftigen normalen Jahren ein Erträgnis von anderthalb Milliarden Reichsmark, also eine Summe, die auch nicht durch anderweitige Gestaltung der Abgabebelastung beim Tabak, insbesondere auch nicht durch Monopolisierung, würde überboten werden können. Der Monopolgedanke darf menschlichem Ermessen nach als überstanden angesehen werden.

Im übrigen enthält die Vorlage eine Reihe von Sonderbestimmungen zum Ausgleich von Gärten, insbesondere während der Übergangszeit für Tabakwarenhändler, Arbeiter und Gemeinden.

Um Ostafrika. Zum Protest gegen die Pläne Englands auf Einverleibung des großen Mandatsgebietes Deutsch-Ostafrika hatte der Arbeitsausschuß deutscher Verbände Donnerstagabend in Berlin eine Versammlung einberufen. Nach einer Eröffnungsansprache des Reichstagsabgeordneten Dr. Schner, der den in jeder Beziehung hervorragenden Wert der von England gefährdeten Kolonie schilderte, bewies Rechtsanwalt Dr. Grimm, Essen, die völkerrechtliche Ungültigkeit der britischen Pläne. Deutschland habe das Recht und die Pflicht, als Mitglied des Völkerbundes in der Mandatskommission gegen Englands Vorgehen zu protestieren und an den ständigen Internationalen Gerichtshof zu appellieren.

Stegerwald und Braburn. Nach einer Londoner Meldung hatte Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald gelegentlich seines Aufenthaltes u. a. auch eine Unterredung mit Lord Braburn, der im Jahre 1925 die erfolgreiche Preisfestsetzungsaktion in England durchgeführt hat.

Die englische Fliegerin, Mrs. Bruce, die am 24. Oktober in England zum Flug nach Japan startete, ist von Seoul (Korea) kommend, mit ihrem Flugzeug in Osaka (Japan) eingetroffen.

Curtius über die Außenpolitik

Antwort an Tardieu — Die deutsche Revisionspolitik

Im Reichsrat hielt am Donnerstag Reichsaußenminister Dr. Curtius eine großangelegte Rede, die als Antwort auf die letzte Rede des französischen Ministerpräsidenten Tardieu angesehen werden kann, nachdem Tardieu versucht hatte, die Bewegungsfreiheit der deutschen Außenpolitik aufs äußerste einzuschränken.

Dr. Curtius hat drei Thesen aufgestellt, die Einzelpunkte des allgemeinen Revisionsprogramms der deutschen Außenpolitik sind:

1. Deutschland wird, wenn es notwendig ist, internationale Schritte tun, um die Kriegsschuldenverpflichtungen der weltwirtschaftlichen Entwicklung anzupassen. Es wird sich dabei an den Youngplan halten. Aber es hat niemals eine Garantie für die Durchführung dieses Planes gegeben.

2. Deutschland betrachtet seine Entwaffnung lediglich als den Vorläufer der allgemeinen Abrüstung und es verlangt die Anerkennung dieses Grundsatzes. Es erhebt gerade wegen seiner Entwaffnung ebenso wie Frankreich den Anspruch auf Sicherheit und es betrachtet die Abrüstungsfrage als den Prüfstein des Völkerbundes, der im Falle des Versagens auf das schwerste gefährdet sein würde.

3. Deutschland unterkreuzt jetzt ganz offiziell seine stets aufrechterhaltene Erklärung, daß Teile des Verfallers Betrages nicht auf die Dauer das Gesetz Europas bleiben können, sondern daß das deutsche Volk sich mit dem gegenwärtigen Stand der Dinge, besonders im Osten, nicht abfinden kann. Es erhebt diese Ansprüche sogar über den Artikel 19 des Völkerbundesgesetzes hinaus, der die Korrektur unannehmbarer Vertragsbestimmungen vorsieht.

Die Formulierung, die der Außenminister diesen Thesen gegeben hat, deutet an, daß die deutsche Außenpolitik sich jetzt ihrer Durchsetzung widmen will, während bisher lediglich der Grundsatz aufrechterhalten wurde, um die Möglichkeit eines späteren Vorgehens zu schaffen. Als bedeutungsvoll ist auch die Mahnung zu betrachten, die darin liegt, daß der deutsche Außenminister erklärt, Deutschland habe niemals ausschließlich mit Frankreich zusammengearbeitet, es erstrebe kein Bündnisystem, wie in der Vorkriegszeit, aber es werde stets auf der Seite der Mächte stehen, die sich für die fortschrittliche Gestaltung der Dinge einsetzen.

Besonders scharf sind die Formulierungen des Außenministers in der Abrüstungsfrage und in der Frage der Grenzrevision gewesen. Er hat hier auf Tardieus Drohung, daß die Revisionsfrage den Krieg bedeute, mit der Erklärung geantwortet: Wenn Tardieu recht habe, dann müsse man jede Hoffnung auf eine geistliche Zukunft Europas verlieren — eine Wendung, die sich in erster Linie an Briand richten dürfte, der ja die Verftändigung unter allen Umständen stets und auch in seiner letzten Kammerrede als sein Programm bezeichnete.

Pariser Pressekommentare

Paris, 21. Nov. (Tel.). Zur Rede des Reichsaußenministers Dr. Curtius erklärt das radikale Blatt „La République“, daß Dr. Curtius die schwierigen Fragen nicht umgangen habe, und daß seine Darlegungen ein wenig rauh klingen, aber nichts Aggressives enthalten, was Frankreich zu einer ersten Debatte herausfordere, dagegen verhalten sich die beiden rechtsstehenden Blätter, die bereits Kommentare veröffentlicht haben, ablehnend.

„Echo de Paris“ spricht vom deutschen Jörn über Tardieus „Neuerung“ in der Frage der Abrüstung und der Revision der Verträge. Man werde Curtius doppelt dankbar sein, wenn seine Darlegungen dem französischen Parlament die Kraft gäben, von Briand mehr zu fordern, als die bogen Melodien, mit denen er gewöhnlich seine Hörer überschlüsselt. „Figaro“ meint, kein deutscher Minister habe die Forderung seines Landes in einem derartigen Ton vorgetragen. Es wäre gut, wenn die Berliner Regierung sich darüber klar sei, daß von Frankreich keine neuen Konzeptionen zu erwarten seien, die sowieso dem Frieden nicht dienlich wären.

Militärische Vorbildung in Italien obligatorisch. Der italienische Minister hat zwei von dem Kriegsminister vorgelegte Gesetzesentwürfe angenommen, von denen der erste die militärische Vorbildung für alle Bürger über 18 Jahre obligatorisch macht, während der zweite einige Bestimmungen der Wehrdienstverpflichtung ändert.

Deutschlands erster Großrundfunksender

Die neue Senderanlage der Süddeutschen Rundfunk A.-G. in Mühlacker

Die seit einigen Jahren sich immer stärker und recht unangenehm bemerkbar machende Rundfunkstörung Deutschlands durch ausländische Großsender hat der Reichs Rundfunkgesellschaft schon viele Sorgen bereitet und sie anfänglich zu dem großzügigen Plan veranlaßt, im ganzen neun deutsche Hauptsender (mit 17 anhängenden Neben sendern) in ihren Sendeleistungen so zu verstärken, daß kein fremder Sender mehr diese zu überbieten und den guten Empfang noch erheblich zu stören vermöchte. Aber wegen Geldmangels konnte auch die deutsche Reichspost, obwohl ihre letzte Bilanz einen immerhin nicht unbeträchtlichen Überschuß von 70 Millionen aus jährlichen Rundfunkgebühren ausweist, sich als finanziell mitbeteiligtes Institut nicht dazu verstehen, alle diese nötigen Umbauten gleichzeitig vorzunehmen, sondern sie gab zunächst nur den Auftrag zum Ausbau von zwei Grenzsendern, damit diese wenigstens dann ihren bedeutend erhöhten Sendestärke bei dem ungeheuerlichen Wettstreit im Keifer verhindern, daß Deutschland noch weiter ins Hintertreffen gerät. So wurde in Ostpreußen die neue Sendeanlage Heilsberg in Angriff genommen, und so ist nun auch der südwestdeutsche Großsender Mühlacker entstanden, der heute seinen Betrieb eröffnet und mit der gewaltigen Steigerung seiner Sendeleistung vor allem der Konkurrenz zu begegnen hat, die in dem unlangst in Tätigkeit getretenen, sehr lauten Straßburger Sender aufgetreten ist.

Sein möglichst günstiger Standort, nahe der württembergisch-badischen Grenze und ungefähr in der Mitte zwischen Stuttgart und Karlsruhe auf einem 310 Meter über dem Meerespiegel sanft geneigten Hügel, wurde auf Grund eingehender Untersuchungen über die Ausbreitungsverhältnisse der elektromagnetischen Wellen durch einen fahrbaren Versuchssender ermittelt, die Feststellung der gesamten Anlage selbst gelang in knapp elf Monaten. Schon von weitem grüßen sowohl den auf der Bahnlinie Karlsruhe-Mühlacker Reisenden wie den auf der Staatsstraße Ulmgen-Mühlacker Fahrenden die beiden mächtigen Funktürme, die — 195 Meter voneinander entfernt — eine Höhe von je 100 Metern erreichen. Erstmalig soll an ihnen eine Konstruktion in Holz (statt bisher Eisen) erprobt werden, und zwar hat man dafür das Reifeleerholz gewählt, das infolge seines starken Terpentins-

gehalts gegen Fäulnis einen hohen Widerstand, aber auch gegen Winddruck außergewöhnliche Stabilität gewährleistet. Zwischen beiden in recht gefälligem Fachwerk zur Höhe strebenden Luftriesen fällt sofort nach das Abstimmungsgerüst auf, von dem aus nach oben in der Gestalt einer Reuse von 30 Zentimeter Durchmesser die Antenne steigt, während unter dem Boden sich ebenfalls von da aus ellipsoförmig die Erddungsanlage ausbreitet, ein eingetragenes Kupferdrahtnetz von nicht weniger als 5 Kilometer Länge, mit dessen Enden noch Kupferplatten unterirdisch verbunden sind.

Des weiteren ist es eine wichtige Neuerung, daß das eigentliche Stationsgebäude nicht mehr wie bei allen früher errichteten Senderanlagen inmitten der beiden Antennenmasten steht, sondern 125 Meter davon entfernt und durch eine besondere Energieleitung mit ihnen zusammenhängend. Das Senderhaus wieder, dem Gesamtentwurf nach von Kolbitz und Luz (Oberpostdirektion Stuttgart) stammend und unter dessen Leitung von Regierungsbaumeister Mayer mit Assistenz von Baumeister Kugler ausgeführt, bestimmt in der Form eines großen T als zweite Baugruppe, gleichfalls weit hin sichtbar, das äußere Bild und wirkt in seiner ruhig-fachlichen Architektur auf dem erhöhten Terrain nicht minder imposant. Es teilt sich sehr zweckmäßig in einen Langbau (Maschinenhalle) und einen Querbau (Sendersaal), dessen zweistöckige Seitenflügel außerdem die notwendigen Wohnräume für das technische Personal beherbergen. Aber die in der Hauptachse von der Firma Telefunken, der bekannten Berliner Gesellschaft für drahtlose Telegraphie, gelieferten funktionsfähigen Inneneinrichtungen mögen die folgenden einer sachmännischen Erläuterung entnommenen Angaben des näheren unterrichten:

Der Hörfender ist nach Art der beim Deutschlandsender getroffenen Anordnung in Senderhaus in 7 Stufen offen aufgebaut. Die Modulationschaltung entspricht der bereits beim Stuttgarter Sender angewandten. In der Endstufe werden 20 wassergefüllte Röhren von je 20 Kilowatt Aufnahme verwendet, von denen in der Regel 2 als Ersatzröhren bereitstehen. Die Kühlung erfolgt aus einem doppelten Kreislaufsystem mit einem an der Südseite des Senderhauses freistehendem Kühlraum und einem Pumpenraum im Sockelgeschoss. Zur Entfärbung des Kühlwassers dient eine Permutitanlage. Die elektrische Betriebsenergie für den Sender wird dem Hochspannungsnetz des Gemeindeverbands des Elektrizitätswerk Enzberg-Mühlhausen über mehrere Leitungen entnommen und im Senderhaus von 15.000 Volt auf 380 Volt

umgespannt. Die Maschinenhalle enthält eine Reihe von Maschinensätzen, die den Gleichstrom für die Heizung der Röhren und für die Gleichstromtreiber sowie verschiedene Anodenströme für den Sender und für die Verstärker einrichtungen bereitstellen. Für die Anodenpannung der Endstufe kann eine Gleichstrommaschine für 250 Kilowatt bei 12.000 Volt oder ein Gleichrichter wahlweise verwendet werden. Sämtliche Maschinen werden im Sendersaal von einem Schaltpult aus bedient und überwacht. Unter dem Sendersaal befinden sich die zugehörigen Regler und in einem besonderen Gelaß (Schlauchtrommelraum) weitere Zubehörteile des Senders, wie die wasserdurchfluteten Schlauchtrommeln, Verbindungsleitungen der Einzelstufen, Ausgleichscondensatoren und eine künstliche Antenne, die die Belastung des Systems ohne Strahlung nach außen ermöglicht. Nach der neuerdings vom Welt Rundfunkverein eingeführten Berechnungsweise beträgt die Antennenleistung des Großsenders 75 Kilowatt (früherige Bezeichnung 60 Kilowatt). Die ganze Anlage benötigt eine Gesamtaufnahme von rund 500 kVA.

Zur Vorbereitigung der gesamten Neuanlage hatten sich am Mittwochvormittag viele Presseleute aus Stuttgart und Karlsruhe in Mühlacker eingefunden. Namens der Oberpostdirektion Stuttgart begrüßte deren Präsident Dr. von Metzger die Erschienenen und dankte insbesondere auch den anwesenden Vertretern der Oberpostdirektionen Karlsruhe und Konstanz, dabei hervorhebend, daß durch die Oberpostdirektion Karlsruhe in Verbindung mit der Siemens und Halske A.-G. und der deutschen Fernabschlußgesellschaft der Anschluß des neuen Großsenders an das Rundfunkleitungsnetz der deutschen Reichspost ausgeführt wurde. Nach ihm überbrachte Generalkonjunkt Dr. Wanner zur Vollendung des Werkes den Glückwunsch der süddeutschen Rundfunk A.-G., der wie seither in Verbindung mit den übrigen Rundfunkgesellschaften von deren Senderräumen oder Besprechungsstellen aus die künstlerische Bedienung der neuen Station obliegt. Es folgten eingehende, speziell fachliche und hochbautechnische Erklärungen durch beauftragte Herren der Oberpostdirektion Stuttgart; dann teilten sich die Gäste in drei Gruppen, um alle Details bezüglich des Senders, der Antennenanlage, der Stromversorgung und der technischen Instrumente genauestens in Augenschein zu nehmen und sich selbst davon zu überzeugen, daß in der Tat der Großsender Mühlacker die modernste und vollkommenste Rundfunk-Sendestation Deutschlands, wenn nicht sogar ganz Europas, darstellt und noch genügend Platz für etwaige spätere Verbesserungen bietet.

Aus den Ländern

Verwaltungsreform in Ossen. Blättermeldungen zufolge hat die hessische Regierung jetzt die Vorschläge zur Aufhebung von insgesamt sechs hessischen Kreisen ausgearbeitet und so weit fertiggestellt, daß sie dem Landtag vorgelegt werden können. In Rheinhessen wird ein Kreis aufgehoben, und zwar Oppenheim. In Starkenburg drei Kreise, und zwar Dieburg, Groß-Gerau und Bensheim oder Heppenheim. In Oberhessen werden zwei Kreise getrichen.

Vertrauensvotum für die thüringische Regierung. Der Landtag von Thüringen ging in seiner Sitzung am Donnerstag über die Vertrauensanträge der sozialdemokratischen Fraktion gegen Minister Fried und Staatsrat Marschler auf Antrag der Landvolkfraktion zur Tagesordnung über und nahm den Vertrauensantrag für die Regierung mit 28 Stimmen der Regierungsparteien gegen 25 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Staatspartei an. Der Antrag auf Auflösung des Landtages wurde mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt. Vor der Abstimmung gaben die Parteien Erklärungen ab, von denen besonders eine scharfe Erklärung der Nationalsozialisten gegen die Reichsregierung und den Reichsinnenminister Dr. Brüning bemerkenswert war.

Konflikt in der sächsischen Volkspartei. Der Führer der sächsischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Oberbürgermeister Dr. Blüher, Dresden, hat sein Mandat niedergelegt. Der Grund zu diesem Verzicht liegt in der Kritik, die der Landesvorstand an Dr. Blüher geübt hat. Der Vorstand hatte es nicht gebilligt, daß Dr. Blüher sich bei der Wahl des Landtagspräsidenten gegen den nationalsozialistischen Kandidaten aussprach.

Die rote Fahne des Oberpräsidenten von Schlesien. Im Zusammenhang mit der in letzter Zeit in der Presse eingehend erörterten Angelegenheiten des sozialdemokratischen Oberpräsidenten in Schlesien, Lüdemann, der am 9. November in Breslau aus den Fenstern seiner Wohnung eine schwarzrote Fahne und eine rote Fahne geworfen hat, wird aus Kreisen des preussischen Innenministeriums darauf hingewiesen, daß Lüdemann eine Privatwohnung innehat. Da deren Miete beträchtlich die Höhe des dem Oberpräsidenten wie allen Beamten zustehenden Wohnungsgeldes überschreitet, wurde ihm ein Zuschuß gewährt. In amtlichen preussischen Kreisen ist man der Ansicht, daß trotz dieses Zuschusses die Wohnung des Oberpräsidenten nicht zu einer Dienstwohnung im Sinne der Verordnung über die Beflagung von Dienstwohnungen in staatseigenen Gebäuden geworden ist.

90 Millionen Defizit der Stadt Berlin. Der Berliner Magistrat ließ der Stadterordnetenversammlung eine neue Dringlichkeitsvorlage über die Deckung des Defizits im laufenden Haushalt zugehen. Das Defizit hat sich inzwischen auf 90 Millionen Reichsmark erhöht. Der durch Steuern zu bedeckende Teil beträgt jetzt rund 34 Millionen, von denen bisher nur 3,2 Millionen durch die beschlossene Erhöhung der Biersteuer gedeckt sind.

„Do X“ ist am Donnerstag von Bordeaux nach Santander geflogen. Die Zwischenlandung in Santander auf dem Weg nach La Coruna mußte vorgenommen werden, weil infolge des starken Gegenwindes von 80 Kilometer Stundengeschwindigkeit ein Eintreffen des Flugschiffs vor Einbruch der Nacht fraglich gewesen wäre. Der Weiterflug nach La Coruna findet heute statt.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Innenminister Wittemann Staatspräsident
Minister Dr. Kemmele Stellvertreter

Die 2. Sitzung des Landtags am Donnerstag begann nachm. 15 Uhr. Die Kommunisten fehlten zunächst.

Dem Gedächtnis Schofers

Präsident Duffner nahm das Wort zu einem ehrenvollen Nachruf für die inzwischen verstorbenen Mitglieder: Bürgermeister Weiskopf (Weiskopf), Amtsgerichtsdirektor Dr. Obkircher (Freiburg) und Prälat Dr. Schofer.

Der Präsident führte aus, daß ihm das Gedenken an Dr. Schofer besonders schwer falle, weil er ihm, wenn er noch am Leben wäre, den Glückwunsch zur 75jährigen Zugehörigkeit zum Landtag hätte darbringen können. Er stellte fest, daß Dr. Schofer im politischen Kampf scharfe Waffen zu führen wußte, aber nie benutzt und gewollt verlegt hat. Daß er über die politischen Grenzpfähle hinaus dem Gegner die Hand reichte, entsprach dem Drang seines Herzens. Er war kein engherziger Parteimann, sondern ein Politiker großen Formats. Der Präsident zitierte dann Auslassungen der „Bad. Presse“, ferner des Heidelberger Professors Knabrich im „Volkstribune“, der amtlichen „Karlsruher Zeitung“ und des früheren Mitglieds des Hauses Chefredakteur Alfred Scheel in der „Neuen Bad. Landeszeitg.“, die dem Verstorbenen das ehrenvolle Zeugnis eines aufrechten, ehrlichen Volksmannes und Politikers ausstellten. Dr. Schofer war bei Freund und Gegner hoch geschätzt.

Eingangs seiner Rede hatte der Präsident auch das 75jährige Wirken des Bürgermeisters Weiskopf und die hervorragende Qualifikation Dr. Obkirchers als Jurist gebührend gewürdigt. (Während der Rede hatten sich die Mitglieder des Hauses von den Plätzen erhoben.) Ferner gedachte er des früheren nationalliberalen Abg. Eibler.

Präsident Duffner nahm dann Anlaß, dem Berichterstatter des Wolffschen Telegraphenbüros, Redakteur Ernst Thomann, der mit dem Zusammenritt dieses Landtags auf eine 25jährige Tätigkeit als Parlamentarist zurückblickt, aufrecht zu begrüßen (Beifall). Der Präsident knüpfte daran den Wunsch für ein weiteres gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen Parlament und Presse. In der Vormittagsitzung war bereits Thomann eine Ehrentafel geworden. Seine Kollegen auf der Journalistentribüne überreichten ihm einen großen Blumenstrauß mit einem ehrenvollen Schreiben.

Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Abg. Dr. Baumgartner, dankte namens der Partei und der Fraktion für die zahlreichen Beileidskundgebungen. Er sprach vor allem dem Landtagspräsidenten für seinen herzlichen Nachruf an der Waise und soeben in diesem Hause aus, dankte auch dem Staatspräsidenten, der bei der Beisetzung in Worten höchster Anerkennung des Staatsmannes und Politikers gedacht habe, und fuhr fort: Wohl selten war die Trauer im Lande so groß,

allgemein und aufrichtig wie bei Dr. Schofers Tod. Es ist dies für ihn ehrenvoll und wohlbegünstigt.

Der Präsident erinnerte an die Eigenart der Persönlichkeit des Heimgegangenen, der die Sprache des Volkes gesprochen und geschrieben habe, weil sie seine eigene Sprache war, und weil er sich mit dem Volke tiefinnerlich verbunden fühlte. Schofers Wirken war fundamenter durch die katholische Weltanschauung, seine Politik war die Sorge und die Liebe für Volk und Vaterland. Unergründlich in seinen Zielen, lebte er der Kunst des Möglichen und Erreichbaren. Der Präsident lenkte dann den Blick in die Augusttage 1914, wo Dr. Schofer mit den Landwehrmännern als Feldgeistlicher hinausging und auf die schwere Nachkriegszeit, wo wir Dr. Schofer unermüdet an der Arbeit um den Wiederaufstieg des Vaterlandes sehen. Wenn Baden als erstes Land eine neue Verfassung erhalten konnte, so war es mit ein hervorragendes Verdienst Dr. Schofers. Bei voller Wahrung seines grundsätzlichen Standpunktes hat er stets den Ausgleich gesucht und erreicht. Dr. Schofer war uns ein Wagner zur Einigkeit und gemeinsamer Arbeit für Staat und Volk. Für uns ist sein Tod ein unerklärlicher Verlust, sicher auch groß für das Parlament. Sein Charakterbild steht fest: Ein echt christlicher Volksführer und Staatsmann, herb und doch so gutig. Er wird uns über das Grab hinaus für immer verbunden sein.

Die Wahl des Staatspräsidenten und seines Stellvertreters

Der Minister des Innern, Wittemann, wurde mit 52 Stimmen der Koalitionsparteien zum Staatspräsidenten gewählt (Prätorrufe).

Der Minister des Kultus und Unterrichts, Dr. Kemmele, erhielt als Stellvertreter 51 Stimmen (der nationalsoz. Abg. Kraft rufte Psuil und wird vom Präsidenten zur Ordnung gerufen). Vier Zettel lauteten auf den kommunistischen Leichter. Außerdem wurden 19 weiße Zettel abgegeben.

Die Gewählten nahmen die Wahl an. Präsident Duffner richtete an den gewählten Staatspräsidenten Dr. Schmitt herzliche Worte des Dankes für seine Tätigkeit im verflossenen Jahre und beglückwünschte sodann den neuen Staatspräsidenten unter dem Beifall der Mehrheitsparteien.

Staatspräsident Wittemann

erwiderte, er wisse, daß er ein schwieriges, verantwortungsvolles Amt übernehme. Es sei ihm als Minister des Innern manchmal schwer geworden, sein Amt auszuüben. Gesetz und Verfassung würden ihm immer Richtschnur sein, und er werde auch hart durchfahren, wenn es sein muß. Es werde ihm nichts abhalten, seine Pflicht zu tun. (Lebhafter Beifall der Regierungsparteien. — Zwischenrufe von rechts- und linksradikaler Seite.)

Nach 5 Uhr wurde die Sitzung geschlossen; nächste Sitzung unbestimmt.

Staatspräsident Wittemann

Franz Josef Wittemann steht im 65. Lebensjahre. Geboren am 24. März 1866 in Buchen, besuchte er die Gymnasien in Gingen (Donau) und Tauberbischofsheim, um dann in Freiburg, Heidelberg und München Rechtswissenschaften zu studieren. Er bestand 1891 das erste juristische Staatsexamen, dem im Jahre 1894 das zweite folgte. 1897 sehen wir Wittemann als Amtsrichter in Horzheim, 1900 in gleicher Eigenschaft in Donaueschingen, wo er 1903 als Oberamtsrichter fungierte. 1905 wurde Wittemann im damaligen 8. Landtagswahlkreis Bonndorf-Waldshut erstmals in die zweite Kammer der Landstände gewählt, der er bis zur Umwälzung angehörte. Dann erfolgte seine Wahl ins neue Parlament, in dem er bis zum Jahre 1925 verblieb. Seine Richterlaufbahn setzte Wittemann als Landgerichtsrat in Offenburg (1908) und Freiburg (1917) fort, bis man ihn 1919 als Staatsrat und Oberlandesgerichtsrat nach Karlsruhe berief. 1920 zum Ministerialrat ernannt, folgte 1923 die Ernennung zum Präsidenten des Rechnungshofes und am 21. November vorigen Jahres nach dem Ausscheiden der Demokraten aus der Regierung die Berufung zum Minister des Innern an Stelle Dr. Kemmeles, der nun das Ministerium des Kultus und Unterrichts übernahm. Während seiner Offenburgener Amtszeit, und zwar von 1912—1917, gehörte Wittemann dem dortigen Bürgerausschuß an. Bis zu seiner Ministerernennung war er auch einige Jahre Mitglied des Karlsruher Bürgerausschusses. Im Landtag bekleidete er von 1921 bis 1923 den Posten des Präsidenten. Er ist mit in der Leitung der Badischen Zentrumspartei tätig.

Zum Fall Gumbel

Der Rektor der Heidelberger Universität, Prof. Dr. Meißner, hat am schwarzen Brett der Universität in der Angelegenheit Gumbel folgende Kundgebung angeschlagen:

„Im Interesse des Friedens der Universität und zur Sicherung der akademischen Ehre und Ordnung, die ich zu schützen habe, weise ich gegenüber Äußerungen, die in den letzten Tagen in Rede und Schrift über Herrn Professor Dr. Gumbel gefallen sind, auf folgendes hin:

1. Die Arbeiten des Herrn Prof. Gumbel auf seinem Fachgebiet der Statistik sind von Kennern dieses Gebietes anerkannt worden.
2. Über die Lehrtätigkeit des Herrn Prof. Gumbel ist keine Klage erhoben worden.
3. Herr Prof. Gumbel hat ein vor 6 Jahren ausgesprochenes Wort, mit dem er unser Empfinden tief gekränkt hat, damals öffentlich bedauert. Die Fakultät hat es scharf mißbilligt; ein gegen ihn auf Entziehung der venia legendi eingereichtes Verfahren wurde jedoch eingestellt.
4. Herr Prof. Gumbel hat die Rechte und Pflichten eines außerplanmäßigen außerordentlichen Professors unserer Universität. Alle Angriffe gegen diese Rechte müssen energisch abgewiesen werden.“

Aus der badischen Industrie

Kündigung der Lohnabkommen in der gesamten Metallindustrie Süddeutschlands. Der Verband der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und der angrenzenden Industriegebiete hat, wie gemeldet, sämtliche Lohnverträge für die Bezirke Mannheim, Ludwigshafen, Mittel- u. Oberbaden und den Seckreis gekündigt. Weiter hat der Verband pfälzischer Metallindustrieller den Lohnvertrag vom 24. Februar 1929 zum 31. Dezember

1930 gekündigt. Die Verbände stellen gleichzeitig den Antrag auf Abbau der Tariflöhne um 15 Proz. Da auch die Lohnabkommen für die Uhrenindustrie gekündigt wurden, werden in Baden und der Pfalz insgesamt etwa 18 bis 19 000 Arbeiter in über 1000 Betrieben betroffen. Wenn man die Kündigungen in der Elektroindustrie, dem Elektro- und Installationsgewerbe sowie in der württembergischen Metallindustrie hinzurechnet, beläuft sich die Zahl der betroffenen Arbeiter auf rund etwa 150 000.

Tariffkündigung in Freiburg. Die Gesamtheit der Freiburger Arbeitgeberverbände hat beschlossen, den sogenannten Freiburger Generaltarif, der die Bezüge für die kaufmännischen, technischen Angestellten und Werkmeister regelt, zum 31. Dezember 1930 zu kündigen.

Der badische Schiffsbestand im Rhein und Bodensee

Die badische Rhein- und Bodenseeflotte betrug Anfangs 1930 insgesamt 661 Schiffe mit einer Tragfähigkeit von 488 491 Tonnen und einer Maschinenstärke von 51 302 PS. Darunter waren 63 Schleppdampfer mit einer durchschnittlichen Maschinenstärke von 515 PS und 525 Schleppdampfern mit einer durchschnittlichen Tragfähigkeit von 884 Tonnen. Die badischen Schleppschiffe haben weitaus die höchste durchschnittliche Maschinenstärke in der gesamten deutschen Binnenflotte, im Durchschnitt 420 PS. Auch die Tragfähigkeit der Schleppschiffe liegt beträchtlich über dem allgemeinen Durchschnitt von 809 Tonnen. Von dem badischen Schiffsbestand entfallen 635 Schiffe auf das Stromgebiet des Rheins, 26 auf das Gebiet des Bodensees.

Das neue Karlsruher Studentenhaus Die heutige Einweihungsfeier

Das neue Karlsruher Studentenhaus, der moderne, am Parkring entstandene Bau, wurde am heutigen Freitag mittag mit einem feierlichen Akt seiner Bestimmung übergeben. Der große Saal des Heims war dicht besetzt von Freunden und Gönnern der Hochschule und der Studentenschaft. Als Ehrengäste waren die Spitzen der Behörden anwesend, außerdem auch sonst noch viele prominente Persönlichkeiten, besonders aus den Reihen der Wirtschaft. Unter anderem waren erschienen Staatspräsident Wittemann, Ministerialdirektor Dr. Huber vom Ministerium des Unterrichts, Oberbürgermeister Dr. Finter und der Vater der Studentenschaft, Geheimrat Duisberg.

Nach dem Einzug der Chargierten mit Fahnen und einem Vortrag des Akademischen Orchesters sprach zunächst der Vorsitzende des Karlsruher Studentendienstes, Professor Hoff, der allen an dem gelungenen Werk beteiligten Personen und Gönnern herzlich dankte. Dann übergab der Architekt des Hauses, Ministerialrat Prof. Dr. Firsch, den Schlüssel, worauf Staatspräsident Wittemann die Glückwünsche der Regierung überbrachte. Für die Stadt ergriff Oberbürgermeister Dr. Finter das Wort. Dann sprach namens des Ehrenausschusses Geheimrat Duisberg, der unter anderem darauf abhob, daß die Studenten erst nach ihren Studien sich der Parteipolitik zuwenden möchten. Schließlich legte der Vertreter der Karlsruher Studentenschaft, Kstebold, das Gelübnis zur Pflege des Gemeinschaftsminnes ab. Zum Schluß sprach der neue Rektor, Prof. Dr. Firsch, der das Studentenhaus in den Kreis der Aufgaben der Hochschule aufnahm. Mit einem Vortrag des Orchesters fand die Feier ihren Abschluß.

Der Platz vor dem Studentenhaus wurde nach einem Beschluß von Rektor und Senat **Karl-Goll-Platz** benannt. Ministerialrat Dr. Firsch erhielt als erster die vom Senat gestiftete Plakette für besondere Verdienste um die Hochschule.

Mit dem Karlsruher Studentenhaus hat Ministerialrat Professor Dr. Firsch, der als Architekt von Baurat Schmieder wertvoll unterstützt wurde, eine vorbildliche Stätte für die Karlsruher Studenten geschaffen. Man betritt durch die Wandelhalle das Heim und ist überrascht durch die geschickte Anordnung des Treppenhauses nach den verschiedenen Stockwerken. Der große Speisesaal, in dem jetzt schon täglich 500 bis 600 Essen pro Mahlzeit abgegeben werden, ist hell, luftig und freundlich gehalten. Der Küchenbetrieb ist nach dem Prinzip des laufenden Bandes organisiert. Der Saalraum mit Erfrischungsmöglichkeit, Les- und Spielzimmer bieten den Studenten einen angenehmen Aufenthalt. Für akademische Veranstaltungen ist der große Saal des Studentenhauses geschaffen worden, der trotz größtmöglicher Sparsamkeit und Sachlichkeit mit zu den schönsten Sälen der Stadt gezählt werden darf. Wohnlich sehr hübsch eingerichtete Studentenzimmer — allerdings nur in geringer Zahl — Geschäftszimmer der studentischen Selbsthilfeeinrichtungen vervollständigen die Räume. Es ist eines der vorbildlichsten Studentenheime in ganz Deutschland.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	21. November		20. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.63	168.97	168.61	168.95
Kopenhagen 100 Kr.	112.08	112.30	112.06	112.30
Italien . . . 100 L.	21.945	21.985	21.945	21.985
London . . . 1 Pf.	20.356	20.396	20.359	20.399
New York 1 D.	4.1915	4.1995	4.1920	4.2000
Paris . . . 100 Fr.	16.462	16.502	16.459	16.499
Schweiz . . . 100 Fr.	81.245	81.405	81.235	81.395
Wien 100 Schilling	59.00	59.12	59.01	59.13
Brag. 100 Kr.	12.432	12.452	12.43	12.45

Zahlungseinstellung in Mannheim. Die im Jahre 1904 gegründete Großeinkaufsvereinigung der Kolonialwarenhändler e. G. m. b. H., Mannheim, teilt mit, daß sie infolge der überaus schlechten wirtschaftlichen Geschäftslage, unter der der Lebensmittelhandel besonders zu leiden hat, sich gezwungen sah, die Zahlungen einzustellen. Die Genossenschaft hat sich mittels Rundschreibens an die Gläubiger gewandt, um die Zustimmung zu einem gerichtlichen Vergleichsverfahren zu erhalten.

Ihre Kinder gedeihen prächtig . . . wenn Sie ihnen Milch mit Kaffee Hag geben!

Aus der Landeshauptstadt

Hefiges Erdbeben. Der Seismograph im Naturwissenschaftlichen Verein im Geodätischen Institut der Technischen Hochschule Karlsruhe registrierte in der Nacht auf Freitag ein heftiges Erdbeben. Die ersten Vorläuferwellen erreichten 8 Uhr 03 Minuten 21 Sekunden die Station. Das Maximum der Bewegung fiel auf 8 Uhr 09 Minuten. Die Seidentfernung beträgt circa 1400 Kilometer.

3. Sinfoniekonzert des Badischen Landesoperorchesters. Mit der Aufführung von Haydns „Jahreszeiten“ im nächsten Sinfoniekonzert (Mittwoch, dem 26. November), steht ein besonderes Musikereignis des Winters bevor, nicht nur, weil das in seiner Vielfältigkeit und in der Plastik des Ausdrucks bewundernswerte Oratorium neben der „Schöpfung“ immer noch das populärste Werk der gemischten Chorliteratur genannt werden darf. Denn seit Monaten ist der Bachverein, verstärkt durch den Sing- und Hilfschor des Badischen Landesoperorchesters, unter der Leitung von Generalmusikdirektor Josef Krüps, mit der Einstudierung beschäftigt, und wird zweifellos den gewaltig aneinander gereihten Chorstimmen eine ungewöhnlich glänzende Wiedergabe zuteil werden lassen. Ebenso verbürgt das Solistenterzett — Eise Blant, Wilhelm Kentwig und Franz Schuster — eine außerordentliche gefangliche Leistung. Auch der klangliche Untergrund durch das Landesoperorchesters gewährleistet eine Darbietung von seltener Farbigkeit und Eindringlichkeit. Die Aufführung findet in der städtischen Festhalle statt und beginnt um 20 Uhr.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Unsere Witterung ist unüberändert westlich orientiert geblieben. Ein Ausläufer der neuen bei England angelangten Zyklone hat uns heute Nacht außerordentlich ausgiebige Niederschläge gebracht, die in der Ebene bis 25 Liter pro Quadratmeter, in mittleren Gebirgsgegenden bis zu 50 und auf dem Hochschwarzwald über 80 Liter pro Quadratmeter lieferten. Die milde Witterung wird anhalten. Weiterausichten: Fortdauer der sehr milden Witterung bei lebhaften südwestlichen Winden, wolfig, zeitweise Regen.

Das Tiefbauamt der Stadt Freiburg im Breisgau sucht zum sofortigen Eintritt für die Abteilung Stadterweiterung

Staatlich geprüften jüngeren Techniker.

Der Bewerber muß eine besondere Gewandtheit und genügende Praxis in allen vermessungstechnischen Arbeiten, Geländeaufnahmen, Abmessungen, Profilierungsarbeiten usw. und in der exakten zeichnerischen Darstellung mit guter Planschrift nachweisen.

Die Anstellung erfolgt im Angestelltenverhältnis auf Privatdienstvertrag mit den Bezügen der Besoldungsgruppe VII und Aussicht auf späteres Aufrücken nach Bes.-Gr. VIII. (Die Gruppen VII und VIII entsprechen Bes.-Gr. 4 b der badischen staatlichen Besoldungsordnung.)

Gesuche mit Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnisse, Ausbildungen und lückenlosen Dienstzeugnissen im Original oder beglaubigten Abschriften, Zeugnissen und Schriftproben sind unter Angabe der spätesten Eintrittsmöglichkeit bis zum 20. Dezember d. J. bei der unterzeichneten Stelle einzureichen.

Die in Aussicht genommenen Bewerber haben sich vor Anstellung beim Gesundheitsamt der Stadt Freiburg ärztlich untersuchen zu lassen.

Freiburg im Breisgau, den 19. November 1930.

Städtisches Tiefbauamt.
Hartmann.

Zwangsvorsteigerung.

4. V. 32/30.

Im Zwangswege versteigert das Notariat am Dienstag, den 13. Januar 1931, vorm. 9 Uhr in seinen Diensträumen, Kaiserstraße 184, 2. Stod, Zimmer 10, das Grundstück des Kaufmanns Nikolaus Dragan und dessen Ehefrau, Anna geb. Gebhard, hier (Miteigentum je 1/2), auf Gemarkung Karlsruhe.

Die Versteigerung wurde am 14. 10. 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 14. 10. 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstands.

Grundstücksbeschreibung:

Grundbuch Karlsruhe Band 129 Heft 5.
Lsg. Nr. 2680: 10 a 28 qm, Marienstr. 63, Hofreite; hierauf steht:

- a) ein vornen drei-, hinten vierstöckiges Wohnhaus mit Schienenteller;
- b) ein dreistöckiger Wohnanbau, links mit Schienenteller;
- c) eine einstöckige Waschküche ohne Keller;
- d) ein zweistöckiges Bürogebäude ohne Keller;
- e) ein einstöckiger Schuppen, angebaut;
- f) ein einstöckiger Seitenbau, rechts, und Querbau, Schuppen und Stall.

Geschätzter Verkehrswert: 70 000 RM, und mit Zubehör: 70 184 RM.
Karlsruhe, den 12. November 1930.

Notar Dr. IV
Vollstreckungsgericht.

Zwangsvorsteigerung.

4. V. 34/30.

Im Zwangswege versteigert das Notariat am Donnerstag, den 15. Januar 1931, vorm. 9 Uhr in seinen Diensträumen, Kaiserstraße 184, 2. Stod, Zimmer 10, das Grundstück des August Furrer, Landwirt in Karlsruhe-Nüppurr, auf Gemarkung Karlsruhe-Nüppurr.

Die Versteigerung wurde am 14. 10. 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über die Grund-

Grundstücksbeschreibung:

Grundbuch Karlsruhe Band 5 Heft 16 B.
Lsg. Nr. 9449: Hofreite 5 a 34 qm, Gartenland 7 a 39 qm, Marie-Alexandra-Straße 64.
Auf der Hofreite steht:

- a) ein zweistöckiges Wohnhaus mit gewölbtem Keller;
- b) ein dreistöckiger Abortanbau an a);
- c) eine einstöckige Waschküche, rechts an der Grenze;

Um die Heibelsberger Schloßwirtschaft. Der Heibelsberger Stadtrat hat mit lebhaftem Bedauern Kenntnis genommen von der Entschliebung des Bezirksrates, die Schloßwirtschaft mit einem Teil des Städtgartens einzurichten. Er beauftragte die Verwaltung, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Folgen des von einem weitaus überwiegenden Teil der Bevölkerung nicht begünstigten Beschlusses abzumildern. Ein Protest der Heibelsberger Universitätsprofessoren gegen die Einrichtung der Wirtschaft trägt etwa 100 Unterschriften. Darunter sind nicht nur fast sämtliche Professoren der Heibelsberger Universität, sondern auch zahlreiche auswärtige, prominente Persönlichkeiten aus Kunst und Wissenschaft.

Kurze Nachrichten aus Baden

Sturm und Regen im Schwarzwald

D3. Freiburg i. Br., 21. Nov. Sturm und Regen beherrschten in den letzten Tagen die Witterung des Schwarzwaldes. Seit gestern haben eine erhebliche Steigerung erfahren, und der Sturm raft mit einer Geschwindigkeit von circa 25 Metern die Sekunde über die Höhen dahin. Auch die Niederschlagsmengen erreichten einen Rekordhochstand. Nicht weniger als 81,2 Millimeter Regen sind im Feldberggebiet in den letzten 24 Stunden niedergegangen, während im ganzen Monat Oktober und 300 Millimeter Niederschläge zu verzeichnen waren. Die Niederschlagsmengen am Samstag und Sonntag im südlichen Schwarzwald bewirkten, daß die Flüsse und der Rhein um etwa 1/4 Meter stiegen. Die letzten Schneereise sind von den Höhen gespült. Die Schwarzwaldflüsse sind zum Teil im oberen Teil über die Ufer getreten. Vorerst ist aber keine Hochwassergefahr zu befürchten, es sei denn, daß der Regen anhält.

Raubmord im Schwarzwald.

D3. Lenzkirch, 21. Nov. (Tel.) Heute vormittag wurde der 63jährige unverheiratete Apotheker Dr. Diez von Lenzkirch in seinem Hause tot aufgefunden. Er war gefesselt, und die Leiche zeigte Würgemale. Es wird ein Raubmord vermutet, denn Dr. Diez galt als reich. Man nimmt an, daß Dr. Diez mit dem

oder den Tätern ins Handgemenge gekommen ist, denn er war ein starker und kräftiger Mann. Die Täter haben ihn offenbar überwältigt und erwürgt oder erdrosselt. Diez pflegte abends in der Turnhalle Cello zu spielen, so auch gestern abend. Dabei hing ein Zettel vor seinem Hause, daß er in der Turnhalle sich aufhalte. Gegen halb 9 Uhr wurde er zur Anfertigung eines Rezeptes nach Hause gerufen und kehrte wieder zur Turnhalle zurück. Heute morgen fand seine Hauswartin den Schlüssel in der Tür offen liegen. Als sie öffnete, fand sie Dr. Diez, tot im Hause liegend, auf.

Einem furchtbaren Verbrechen auf die Spur gekommen
ild. Herrschried (bei Säckingen), 20. Nov. Hier kam die Gendarmerie einem schweren Verbrechen auf die Spur. Vor etwa 11 Jahren erlitt der damals 15 Jahre alte Sohn des Webermeisters Dietrich einen Unfall durch einen Schlag auf den Kopf. Anstatt nun den Jungen in ärztliche Behandlung zu geben, sperrte man anscheinend aus Geiz und einer gewissen Beschränktheit ihn in eine finstere Kammer und später in einer Ecke auf dem Speicher ein. Hier hielt man den Menschen seit 1919 gefangen. Die Gendarmerie, die von der Sache unterrichtet wurde, drang nun in das Haus ein und fand auf dem Speicher, auf dem Strohlager, einen über und über mit Kot beschmutzten, gänzlich verblödeten Menschen, der noch nicht einmal sprechen konnte. Er hatte ein Gewicht von etwa 50 Pfund und ist heute etwa 26 Jahre alt. Der Unglückliche wurde sofort nach Freiburg in die Klinik überführt. Dietrich wurde verhaftet.

D3. Baden-Baden, 21. Nov. In einem hiesigen Hotel haben ein 38 Jahre alter verheirateter Kaufmann aus Frankfurt a. M. und seine 19 Jahre alte Freundin, die aus Wehlar stammt, durch Vergiftung Selbstmord verübt. Der Kaufmann wurde von einer auswärtigen Strafverfolgungsbehörde gesucht wegen verschiedener großer Schwindeleien. Er hatte sich in Wehlar als Regierungsrat ausgegeben, Hochstapeleien begangen und sich mit der Tochter eines Wehlarer Bürgers verlobt, trotzdem er in Frankfurt verheiratet war. Als der Schwindel herauskam, haben sich die Beiden zum Selbstmord entschlossen.

Freihändiger

Rordweidenverkauf

des Bad. Forstamts Kenzingen aus dem Weisweiler Staatswald: ca. 200 Zentner Amerikaner- und Kanweiden in 12 Losen. Schriftliche Angebote bis 2. Dezember 1930 erbeten. Förster Stöcklin zeigt die Weiden. R.75

Auslieferung.

Wir vergeben öffentlich auf Grund des Erlasses des Herrn Ministers der Finanzen vom 20. I. 28: I. Die Reparaturarbeiten, II. die Glaserarbeiten (Solz) für die Betriebs- und Wirtschaftsgelände zu den Klinikneubauten in Freiburg i. Br. R.76

Die Angebotsvorzude können, soweit vorrätig, auf unserem Baubüro, Hugstetter Str. 70 (ehemaliges Ostrothhäuschen) ab Mittwoch, den 26. November 1930, jeweils vormittags von 11 bis 12.30, entgegengenommen u. die Bedingungen und Zeichnungen eingesehen werden. Versand nach auswärtig erfolgt nicht.

Die Eröffnung der Angebote, welche geschlossen, mit entsprechender Aufschrift bis Freitag, den 5. Dezember 1930, in oben genanntem Baubüro einzureichen sind, erfolgt am gleichen Tage, vormittags 9 Uhr. Zuschlagsfrist 6 Wochen.

Bad. Bezirksbauamt Freiburg i. Br., Klinikbaubüro.



Badisches Landesoper

Samstag, den 22. Nov. 1930 * G 8. Th.-Gem. I. S.-Gr. und 1501—1550

Zum erstenmal Das Lamm des Armen

Tragikomödie von Stefan Zweig
Regie: Baumbach
Mitwirkende: Bertram, Ermarth, Dahlen, Gemmede, Graf, Gierl, Göder, Gopbach, O. Kienhöfer, Koeble, Kuhne, Mehner, Prüter, Schulze, v. d. Trenk, Grimm, Lutzer, S. Kienhöfer, Müller, Seibert

Anfang 20 Ende 22 1/2, Preise A (0,70—5 RM)
So. 23. 11. Nachmittags: Der Kaufmann v. Venedig. Abends: Neu einstudiert: Das Nachtlager in Genava. Mo. 24. 11. Der Waffenschmied. Die 25. 11. Gastspiel des Japanischen Theaters

- d) ein einstöckiger Schopf mit Stall und Schweinefläßen, an c) angebaut;
- e) ein einstöckiger Schuppen, links im Hof.
Geschätzter Verkehrswert: 80 000 RM, und mit Zubehör: 80 071 RM.
Karlsruhe, den 15. November 1930.

Notar Dr. IV
Vollstreckungsgericht.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

In der Gemeinde Friedrichstal ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Sperbezirk ist das verzeuhte Gehöft des August Föhler, Straßenwärter in Friedrichstal, Rinkenheimer Straße 73. R.78

Beobachtungsgebiet ist die Gemeinde Friedrichstal. Die Gefahrezone umfaßt alle Gemeinden des 15-km-Umkreises. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß auch im 15-km-Umkreis der Handel mit Klauenvieh, sowie mit Geflügel, der ohne vorgängige Bestellung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Begründung einer solchen stattfindet, verboten ist. Als Handel im Sinne dieser Vorschrift gilt auch das Auffuchen von Bestellungen durch Händler ohne Mitführen von Tieren durch Händler.

Karlsruhe, den 18. November 1930. D.-3. 68.
Bad. Bezirksamt, Abteilung IV.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

In der Gemeinde Grödingen, Amt Karlsruhe, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. R.79
Sperbezirk ist das verzeuhte Gehöft der Witwe Christine Rohadinsky, sowie die ganze Sinagogenstraße. Beobachtungsgebiet ist die Gemeinde Grödingen, ausgenommen der Ortsteil links der Pfing. Die Gefahrezone umfaßt alle Gemeinden des 15-km-Umkreises.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß auch im 15-km-Umkreis der Handel mit Klauenvieh, sowie mit Geflügel, der ohne vorgängige Bestellung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Begründung einer solchen stattfindet, verboten ist. Als Handel im Sinne dieser Vorschrift gilt auch das Auffuchen von Bestellungen durch Händler ohne Mitführen von Tieren durch Händler.

Karlsruhe, den 19. November 1930. D.-3. 69
Bad. Bezirksamt, Abteilung IV.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

In der Gemeinde Blankenloch ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. R.80
Sperbezirk ist das verzeuhte Gehöft des Gustav Haisch, Hauptstraße 177. Beobachtungsgebiet ist die Gemeinde Blankenloch. Die Gefahrezone umfaßt alle Gemeinden des 15-km-Umkreises.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß auch im 15-km-Umkreis der Handel mit Klauenvieh, sowie mit Geflügel, der ohne vorgängige Bestellung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Begründung einer solchen stattfindet, verboten ist. Als Handel im Sinne dieser Vorschrift gilt auch das Auffuchen von Bestellungen durch Händler ohne Mitführen von Tieren durch Händler.

Karlsruhe, den 18. November 1930. D.-3. 67.
Bad. Bezirksamt, Abteilung IV.

N.74. Bruchsal, Max Josef Herbst, Zigarrenfabrikant in Forst, hat mit Zustimmung seiner Gläubiger die Einstellung des Konkursverfahrens über das Vermögen der Firma Anton Herbst, Zigarrenfabrik in Forst beantragt. Jeder Konkursgläubiger kann binnen 1

Druck G. Braun, Karlsruhe.